„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
„Western Printers Association, Limited"

J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.

Geschäftsstelle in Regina, Sask.:
1835 Halifax Straße.

Geschäftsstelle in Edmonton, Alta:
9753 Jasper Avenue.

Mittwochausgabe 12—24 Seiten Stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Das papierene Ergebnis.

Das „papierene Ergebnis" hat „Der Courier" in seiner letzten Ausgabe die zwölf Handelsvertragsentwürfe der britischen Reichswirtschaftskonferenz in Ottawa zum nicht geringen Erstaunen vieler seiner Leser genannt. Was da auf dem Papier schriftlich niedergelegt worden ist, muß erst in Pfunde und Schillinge oder in Dollars und Cents umgewandelt werden, bevor es faktische Bedeutung für die Stärkung der britischen Reichswirtschaft oder wenigstens für einzelne Teile des Reiches gewinnt.

Vorläufig sind die in Ottawa entworfenen Handelsverträge nur Ausdrucksformen eines guten Willens, der sich aber auch noch hinter offen zugegebenen oder stillschweigend anerkannten Klauseln verschanzt; denn Großbritannien und die Dominions über See haben auf der Reichswirtschaftskonferenz deutlicher denn je zuvor empfunden, daß man mit teilweise sehr stark divergierenden Wirtschaftsinteressen zu rechnen hat, die über die britische „Commonwealth" hinausreichen und nicht mit einer leichten Handbewegung auf die Seite geschoben werden können. Zugleich aber machte sich bei jeder Konferenzabordnung das dringende Bedürfnis geltend, nicht mit leeren Händen nach Hause zurückzukehren, da ein offenkundig negatives Ergebnis die Wirtschaftskrise noch verschärft und der parteipolitischen Opposition im Heimatstaat große Wassermengen auf die Mühlen getrieben hätte.

Schließlich galt es auch, der britischen Weltpolitik eine neue und stärkere Fundierung in den Dominions zu verschaffen. Die klugen und weitschauenden Köpfe, die sich da in Ottawa trafen, haben nicht nur wirtschaftliche Probleme diskutiert und um Weizen, Stahl, Textilien, Vieh und Vorzugszölle geschachert. Nicht umsonst hat Großbritannien einen Mann wie Stanley Baldwin nach Ottawa entsandt. Seit dem Weltkriege, den den gefürchteten Handels- und Flottengegner Deutschland niederringen sollte, ist die britische Weltherrschaft noch weit ernster bedroht. Abgesehen von den ganz bedenklichen Unruheherden in Irland, Indien, Aegypten, Malta, Cypern und Palästina, hat Großbritannien allen Ernstes um seine nackte Existenz als Weltmacht zu kämpfen; denn Frankreich, Rußland, die Vereinigten Staaten und Japan sind sehr bedeutsame Gegenspieler. Darum stand in Ottawa für Großbritannien weit mehr auf dem Spiel als nur die Wirtschaft. Darum mußte auch im höheren Reichsinteresse wenigstens eine Kompromißlösung gefunden werden, um nach außen hin eine, wenn auch lockere Einheitsfront zu schaffen und im Innern das Reichsempfinden einigermaßen zu beleben und zu stärken. Die Zukunft wird vielleicht das britische Weltreich vor noch ernstere Belastungsproben als die Vergangenheit stellen.

Uns interessiert hauptsächlich die Frage, ob sich das „papierene Ergebnis" von Ottawa für unsere canadische Volkswirtschaft in wirkliche Werte ummünzen lassen wird. Lassen wir uns nicht durch einseitig parteipolitisch gefärbte Pressekommentare die Köpfe vernebeln! Im konservativen Blätterwald rauscht es von mehr oder minder lebhaften Lobhudeleien auf Herrn R. B. Bennett, wenn auch da und dort schon ein gelinder Zweifel an der überragenden Staatskunst des konservativen Parteiführers und an den Resultaten der Britenkonferenz sich schüchtern hervorwagt. Ein allgemeiner Ueberblick über die Stellungnahme der canadischen Presse läßt eine begeisterte Stimmung vermissen. Ganz mit Recht! Im internationalen Handel behalten letzten Endes sehr nüchterne Erwägungen, die sich in Pfunden und Schillingen, in Dollars und Cents ausdrücken lassen, die Oberhand.

Wie Premier R. B. Bennett während der ganzen Konferenzdauer unter dem sehr starken Druck der canadischen Fabrikantengruppen stand, die eine Abordnung nach der anderen zu ihm entsandten, um ein zu weitgehendes Entgegenkommen in Fragen des canadischen Hochschutzzolles zu verhindern, so mußte Stanley Baldwin telegraphisch und sogar telephonisch sich mit Ramsay MacDonald in Verbindung halten, wenn der Weizen- und Holzhandel Großbritanniens mit Rußland oder Argentinien auf dem Spiele stand. In Zeiten einer Weltdepression wie dieser verliert man nicht gerne einen Kunden, mag auch sein moralisches Ansehen und selbst sein Kredit in der „kapitalistischen" Welt nicht sehr hoch im Kurse stehen. Immerhin betrug Großbritanniens Handelsumsatz mit Rußland im Gesamtwerte $174,750,000 im Jahre 1931, unmittelbar hinter dem Deutschlands, während die Vereinigten Staaten erst an dritter Stelle folgten. Sind Weizen und Holz aus Rußland — wenn auch nur infolge schändlichster Sklavenarbeit — spottbillig zu beziehen, so läßt sich ein Kaufmannsvolk wie das englische solche Vorteile nicht leicht entgehen. Daher ist auch die sogenannte „Dumping"-Klausel der Ottawa-Konferenz äußerst vorsichtig — man möchte fast sagen: zweideutig — gefaßt. Auch Argentinien, das eines der Hauptweizenländer der Erde ist, hat in den englischen Berechnungen einen nicht unbedeutenden Platz. Einflußreiche britische Finanz- und Industriekreise sind an den argentinischen Eisenbahnen beteiligt und beliefern diese mit englischem Eisenbahnmaterial, während Argentinien auf Absatz seines Weizens, seines Büchsen- und Gefrierfleisches sowie seiner Viehhäute bedacht ist.

Aus dieser ganz nüchternen Betrachtung der tatsächlichen Lage, über die man in englisch-canadischen Blättern nur verhältnismäßig selten etwas Vernünftiges liest, lassen sich Schlüsse auf den praktischen Wert der Ottawa-Konferenz ohne Schwierigkeiten ziehen. Die Verflechtung der englischen, canadischen, australischen und südafrikanischen Wirtschaft mit der Weltwirtschaft über den Rahmen des britischen Reiches hinaus ist so eng und stark, daß sich eine britische Isolierungspolitik bitter rächen würde. Großbritannien muß, wenn es z. B. einen Teil des canadischen Weizenüberschusses zu annehmbaren Preisen abnehmen soll, durch Welthandel die Kaufkraft seiner Bevölkerung erst stärken; die Aufnahmefähigkeit der Dominions für britische Industrieprodukte reicht dazu nicht aus, zumal sich seit dem Weltkriege in allen Dominions wie Canada oder Australien eine verstärkte Industrialisierung bemerkbar gemacht hat. Die neuen Fabriken aber, die in den Tochterländern entstanden sind, treten in Konkurrenz zu denen des Mutterlandes und suchen sich durch Zollmauern zu schützen, wie wir dies in Canada an handgreiflichen Beispielen und seit der konservativen Herrschaft in verschärftem Maße erleben.

Die Folge dieses industriellen Konkurrenzkampfes, der auch auf der britischen Reichswirtschaftskonferenz ausgetragen wurde, war, daß die Farmwirtschaft, der unser Hauptaugenmerk in Canada gelten sollte, in den Hintergrund trat und voraussichtlich den Kürzeren ziehen wird. Selbst wenn infolge des vorläufig „papierenen Ergebnisses" einige Millionen Buschel Weizen mehr nach Großbritannien exportiert werden sollten, so wird dies am Weltweizenpreis noch sehr wenig ändern; denn der Weltweizenpreis, zu dem auch in Liverpool verkauft wird, wird von Angebot und Nachfrage der gesamten Welt bestimmt, nicht von Canada und England allein. Man muß nun damit rechnen, daß das Weltweizenangebot in diesem und im nächsten Jahre nicht zurückgehen wird, während die Nachfrage sich auf dem Weltweizenmarkt nicht heben wird. Im „Courier" vom 10. August brachten wir einen sehr interessanten Artikel „Deutscher Brotgetreidebedarf gedeckt". Ja, nach einer späteren Meldung konnte der deutsche Reichsernährungsminister Dr. Edler von Braun sogar erklären, daß Deutschlands landwirtschaftliche Produktionskraft in den letzten zwei Jahren so gesteigert worden sei, daß es in seiner Ernährung unabhängiger denn je vom Auslande dastehe. Deutschland war aber laut statistischer Berechnung in Ottawa („Der Courier", 17. August 1932) von 1925 bis 1930 der zweitbeste Weizenkunde Canadas. Gezwungen durch die Weltdepression, mußte es zur Selbstversorgung übergehen. Diese Selbstversorgungsbestrebungen sind auch in Frankreich, Italien und anderen europäischen Ländern mit beträchtlichem Erfolg im Gange. Das Fazit daraus ist, daß die Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes für canadischen Weizen sich bedeutend verringert hat und zunächst keine Aussicht auf große Absatzmöglichkeiten und damit auf bessere Preise eröffnet.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen kann gar nicht dringend genug vor verfrühten Hoffnungen und Illusionen gewarnt werden. Die britische Reichswirtschaftskonferenz kann als ein Schritt zur allmählichen Erholung der Weltwirtschaft gelten, wenn sie zu einem Abbau der hohen Zollmauern in allen Ländern den Anstoß gibt und zu einer Belebung des stockenden Welthandels anregt. Diese Fernwirkung wird vielleicht das einzige praktische und wertvolle Ergebnis der wochenlangen Beratungen sein, sodaß sie schließlich doch noch die darauf verwendete Druckerschwärze wert sind.

Wie England „abrüstet."

Daß die monatelangen Abrüstungsverhandlungen in Genf nicht viel mehr als eine Komödie darstellten, wird den maßgebenden Kreisen auch in England seit langem klar gewesen sein. Jetzt halten sie es nun offenbar für an der Zeit, aus dieser Erkenntnis die Nutzanwendung zu ziehen. Jedenfalls so und nicht anders sind offenbar die kürzlich bekanntgewordenen neuen Baupläne für die Kriegsflotte zu werten, die nicht weniger als 95,000 Tonnen neuen Schiffsraums, bis zum kommenden März auf Stapel zu legen, umfassen. Damit die Sache nicht ganz so schlimm aussieht, erklärt man beschwichtigend, es handle sich in Wahrheit um die Bauprogramme zweier Jahre, indem die für 1931 fällig gewesenen, aber nicht in Angriff genommenen Bauten nunmehr — wohl wegen des „Erfolges" der Abrüstungskonferenz? — nachgeholt werden sollten. Vorgesehen sind vier 7000 Tonnen-Kreuzer der „Leander"-Klasse, zwei 5500 Tonnen-Kreuzer der „Arethusa"-Klasse, zwei Flottillenführer, 16 Zerstörer, sechs U-Boote und einige kleinere Fahrzeuge. Insgesamt bedeuten diese Neubauten eine Kraftzunahme der britischen Kriegsflotte mit mehr als eine Million Pferdestärken, um über 125 Geschütze von 15 und 12 Zentimeter Kaliber — von kleineren abgesehen —, sowie um reichlich 200 Torpedorohre. — Wer mag als nächster dem guten Beispiel folgen?

Weltumschau

Großes deutsches Arbeitsprojekt. Die Reichsregierung trägt sich mit der Absicht, dem Reichstag einen Plan zur Einstellung von etwa 150,000 Personen für ein Jahr auf dem Wege des Freiwilligen Arbeitsdienstes zu unterbreiten, um der immer höher ansteigenden Woge der Arbeitslosigkeit entgegenzuarbeiten, stellt sich doch die Zahl der Erwerbslosen im Reich zurzeit auf über fünf Millionen Menschen. Etwa 300 Millionen Reichsmark sind für diesen Zweck erforderlich. Unter anderem sieht dieser Plan eine Auslage von 100 Millionen Mark für Straßenbau, 50 Millionen Mark für Siedlungen, 10 Millionen Mark für Eisenbahnbauten und weitere 16 Millionen Mark für Schiffsbauten vor. Die Ausgaben für Schiffsbauten sollen in erster Linie der Heringsflottille zu gut kommen, da beabsichtigt ist, bezüglich des Heringsfangs Deutschland vollständig unabhängig vom Ausland zu machen.

Die Einzelheiten der Finanzierung dieses großzügigen Arbeitsbeschaffungsplans wurden in langen Konferenzen zwischen Reichskanzler Franz von Papen und dem Präsidenten der Reichsbank Dr. Hans Luther besprochen und haben, wie verlautet, zu einem zufriedenstellenden Resultat geführt.

Zusätzlich der Reichs-Beisteuer zum Eisenbahnbau resp. Reparaturarbeiten wird eine Bewilligung der Reichseisenbahn-Gesellschaft erwartet. Nach dem Plan sollen die so beschäftigten Leute einen Monatslohn von 120 Mark erhalten.

Sollte der Reichstag den Plan verwerfen, so wird damit gerechnet, daß die Regierung denselben doch durch Notverordnung ins Werk setzen und einen Arbeiterführer zu seiner Ueberwachung als Reichskommissar einsetzen wird.

Deutsche Todesurteile in Terrorfällen. Deutschlands neue Sondergerichte, die auf Grund der Notverordnung vom 9. August geschaffen wurden und gegen den politischen Terror gerichtet sind, haben in Beuthen (Oberschlesien) die ersten Todesurteile gegen fünf Männer verhängt. Der Urteilsspruch, der verkündet wurde, nachdem die Angeklagten schuldig befunden worden waren, in der Ortschaft Potempa einen Kommunisten getötet zu haben, rief einen großen Tumult hervor, und die Polizei mußte mit dem Gummiknüppel eingreifen, um den Gerichtssaal zu räumen.

Als der Gerichtshof das Urteil verkündet hatte, herrschte für einen Augenblick Totenstille. Dann sprang der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Edmund Heines auf, der in voller Parteiuniform erschienen war, und rief: „Von jetzt an wird das deutsche Volk eine andere Justiz walten lassen. Dieses Urteil ist das Signal für das Morgengrauen der Freiheit Deutschlands." Andere Zuhörer riefen dazwischen und es entstand ein allgemeiner Tumult, der sich auch auf die Straße ausdehnte, wo die Polizei wieder von dem Knüppel Gebrauch machen mußte.

Als sich die Kunde von dem Urteilsspruch verbreitete, häufte sich die Menschenmenge vor dem Gerichtsgebäude und mehrere Male hörte man Schüsse der Polizei. Es wurden keine Verluste gemeldet, die Ueberfallkommandos der Polizei mußten jedoch um das Gebäude zusammengezogen werden, da die Anhänger Hitlers drohten, das Haus zu stürmen und die Gefangenen gewaltsam zu befreien. Auch in anderen Teilen der Stadt kam es zu Demonstrationen. Die Fenster jüdischer Läden und sozialistischer Zeitungen wurden eingeschlagen.

Dem drastischen Urteil des Sondergerichtes von Beuthen ging ein anderes in einem Sondergericht von Brieg voraus, wo 27 Angehörige republikanischer Organisationen, darunter zwei Frauen, zu vier Monaten bis vier Jahren verurteilt wurden. Sie wurden der Teilnahme an schweren Krawallen in Schlesien überführt, bei denen es im letzten Monate Tote und Verletzte gegeben hatte. Ein anderes Urteil der Schnellgerichte wurde in Insterburg, Ostpreußen, gefällt. Zwei Nationalsozialisten wurden im Zusammenhang mit einer Schießerei am Wahltage zu fünf bezw. siebzehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Oesterreich in neuen Ketten. Das Lausanner Anleihe-Protokoll wurde dem österreichischen Nationalrat zum zweiten Mal unterbreitet, nachdem es im Bundesrat verworfen worden war. Bereits vor Wochenfrist war das Protokoll im Nationalrat mit einer Stimme Mehrheit gutgeheißen worden, mußte aber der Körperschaft wegen seiner Verwerfung im Oberhaus des Parlaments erneut vorgelegt werden. Diesmal brachte es die Regierung auf eine Mehrheit von zwei Stimmen, weil ein Gegner der Anleihe, der Abgeordnete Vinzl, krank zu Hause lag und sich an der Abstimmung, die 82 Stimmen für und 80 gegen das Protokoll ergab, nicht beteiligen konnte.

Die Regierung hatte alles aufgeboten, um ja keine Stimme zu verlieren, hing doch von der Abstimmung ihre Existenz ab; sie hätte zurücktreten müssen, falls das Protokoll nicht ratifiziert worden wäre. Deshalb wurden Kranke und Krüppel herbeigeschleppt, um ihre Stimme abzugeben.

Die Regierung Dollfuß dürfte nunmehr bis zu den Parlamentswahlen im Herbst fest im Sattel sitzen, wenn auch nicht zu leugnen ist, daß die Erbitterung im Lande über die Begleitumstände dieser Anleihe eine ungeheure ist. Ist es doch Oesterreich nach den Bedingungen dieses Lausanner Protokolls verboten, während der nächsten 20 Jahre irgend welche Bindung, sei es auf wirtschaftlichem oder politischem Gebiet, mit Deutschland einzugehen.

Nach dem Protokoll erhält Oesterreich, vorausgesetzt das Dokument wird von den Parlamenten der interessierten Länder ratifiziert, eine Anleihe von 300 Millionen Schilling (etwa $42,000,000). Da diese Gelder in erster Linie Konvertierungszwecken dienen, dürfte der Betrag kaum hinreichen, um das kleine Land wenigstens bis Dezember über Wasser zu halten.

Trauerfeier für Johann Schober. In Wien fand die große Leichenfeier für den am Freitag verstorbenen früheren österreichischen Bundeskanzler Johann Schober statt. Seine Leiche lag auf einer Bahre im Palais des Polizeipräsidiums auf dem Paradebett. Dort hatte Schober seine verhältnismäßig bescheidene Amtswohnung selbst in der Zeit inne, da er Bundeskanzler und zu einer viel glänzender ausgestatteten Amtswohnung in dem Regierungspalast am Ballhausplatz berechtigt war, den einst Fürst Metternich hatte erbauen lassen und in welchem jetzt der Präsident der Republik wohnt und auch das Bundeskanzleramt untergebracht ist.

Vom Polizeipräsidium aus bewegte sich der Leichenzug über die Ringstraße nach der berühmten Votivkirche, wo ein feierliches Hochamt abgehalten wurde, und von dort zum Parlamentsgebäude. Im Sitzungssaal des Nationalrats fand ein großer Trauerakt statt, an welchem sich der Präsident der Republik Oesterreich, Wilhelm Miklas, der jetzige Bundeskanzler Engelbert Dollfuß und mehrere Abgeordnete mit Lobreden auf den Verstorbenen beteiligten. Aus dem Parlamentsgebäude wurde Schobers Sarg zum Bahnhof gefahren, um nach Perg, seinem kleinen Geburtsort in Oberösterreich, gebracht zu werden. In Perg wurde die Leiche Schobers auf dem Ortsfriedhof zur letzten Ruhe gebettet.

Zahlungsstundung für Jugoslawien. Der jugoslawische Finanzminister Dr. Milorad Djordjevits, der in Paris mit führenden Politikern und Finanzmännern verhandelte, hat nach Rückkehr von Paris den Pressevertretern folgende Erklärung abgegeben: „Es ist mir gelungen, die finanzielle Lage Jugoslawiens den zuständigen Kreisen in Paris bekannt zu machen und ich fand auch volles Verständnis dabei. Ich konnte zugleich verständlich machen, warum unsere Auslandszahlungen auf Schwierigkeiten stoßen, was vorzüglich durch die Passivität des Handels und durch die schwierige Devisenbeschaffung verursacht wird. Der Hauptgläubiger Jugoslawiens ist Frankreich, dem wir jährlich gegen 800 Millionen Dinar zu zahlen hätten. Ministerpräsident Herriot und Finanzminister Germain-Martin haben meine Ausführungen mit größtem Verständnis entgegengenommen und erklärten bereitwilligst zur Abstellung dieser Schwierigkeiten beitragen zu wollen. Meine Verhandlungen erzielten eine einjährige Stundung unserer Zahlungen an Frankreich, die insgesamt 630 Millionen Dinar betragen, wodurch der Staatshaushalt entlastet wird."

Gegen die „kleinen Diktatoren" in Rußland. Mit allem Nachdruck bemüht sich die Sowjetregierung, den Machtgelüsten der „kleinen Diktatoren" in den von den Großstädten weiter entfernt gelegenen Gemeinden und Ortschaften einen wirksamen Riegel vorzuschieben. Das Justizkommissariat hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der den Gerichten größere Vollmachten als den kleinen Kommissären erteilt. Nikolai Krylenko, der Justizminister, ist persönlich bemüht, für die baldige Annahme des Entwurfes zu wirken.

Es sind viele Klagen bei der Zentralregierung darüber eingelaufen, daß sich die „kleinen Kommissäre" immer mehr das Recht anmaßten, allein bestimmen zu wollen, was geschehen solle, und ihre Ansichten auch rücksichtslos durchsetzten. Das hätte dazu geführt, daß sich eine große Unzufriedenheit in den Gemeinden bemerkbar machte, die leicht zu Unruhen führen könnte. Dem müsse mit allen Mitteln entgegengearbeitet werden. Ueber den „kleinen Kommissären" stehe das Gesetz, das sie nicht nach Willkür auslegen könnten. Andernfalls würde das ganze System schweren Erschütterungen ausgesetzt sein.

Zu langsame Ernte in der Ukraine. In der Ukraine wurden „Stoßbrigaden" von 100,000 Bauern aufgeboten, um die Erntearbeiten, die im Vergleich zum Vorjahre noch weit zurück sind, durchzuführen. Depeschen aus Charkow melden von dieser eigenartigen Mobilmachung, daß die Landleute der Aufforderung des amtlichen Sowjet-Organs zu einer Beschleunigung der Ernte-Einbringung vor Beginn des kalten Wetters bereitwillig entgegenkommen. Parteiorgane der Kommunisten in den Weizenbau-Distrikten haben die besten und fleißigsten Arbeiter in den Dörfern und den Kollektivfarmen für das Erntewerk herangezogen, um die Erträge der Ackerfelder vollständig unter Dach und Fach zu bringen. In den Dörfern haben sich Vertreter der Sowjet-Blätter an die Spitze dieser Bewegung gestellt und leisten auch auf den Feldern tatkräftige Arbeit.

Des Weiteren wird berichtet, daß der Aufruf zu beschleunigter Erntearbeit sehr günstige Resultate ergibt. Die langsame Einbringung der Ernte in der Ukraine war bislang hauptsächlich schuld an dem schlechten Ernteausweis im ganzen Lande, und die mit Aussaat bestellten Ländereien waren an Umfang auch geringer als im Vorjahre.

Bis 8. August sind nur 128,612,500 Acker, ungefähr 62.8 Prozent des gesamten Areals, abgerntet worden, im Vergleich zu 155,222,500 Acker um dieselbe Zeit des Vorjahres.

Bauernaufstände in der Wolgarepublik. Nach einer Meldung der „Agentur Expreß" sind in einigen Orten der Republik der Wolgadeutschen Bauernunruhen ausgebrochen, die von GPU-Abteilungen blutig unterdrückt wurden. Allein in den Orten Urbg und Krasny-Kut seien über 90 Kolonisten niedergeschossen worden. Die Unruhen seien darauf zurückzuführen, daß die örtlichen Sowjetbehörden den Erlaß Stalins über den teilweise freien Lebensmittelhandel nicht zur Geltung kommen lassen wollten. An zahlreichen Plätzen, wo Kolonisten ihre Erzeugnisse feilbieten wollten, seien ihnen die Waren beschlagnahmt worden. In vielen Fällen habe man die Besitzer verhaftet und wegen Lebensmittelspekulation angeklagt. Mehrfach sei es zu regelrechten Feuergefechten zwischen der Bevölkerung und GPU-Abteilungen gekommen, die aus Moskau Verstärkungen haben heranziehen müssen.

Der „Kurjer Warszawski" (Warschau) berichtet auch über Zusammenstöße zwischen ukrainischen Bauern und GPU. In einem Ort im Kiewer Gouvernement hätten sich die Bauern geweigert, die angeforderten Getreidemengen zu liefern. Als daraufhin GPU. das Getreide beschlagnahmen wollte, sei sie von den Bauern aus der Ortschaft herausgeworfen worden. Nach Eintreffen von Verstärkungen sei das Dorf umzingelt und an allen vier Ecken angezündet worden. Angeblich seien 350 Personen bei dem Angriff auf das Dorf umgekommen.

Die Wurzel des Uebels.

Ein Direktor der großen englischen Schiffsbaufirma Harland & Wolff Ltd., Dr. John B. Kempter, läßt sich über die unerträgliche Lage Europas wie folgt aus:

„Ueber ein Drittel der 450 Millionen Menschen, die Europa beherbergt, leidet unter der unerträglich gewordenen Last der fürchterlichen Zwangsmaßnahmen, unter dem Druck der Fesseln, die durch die sogenannten Friedensverträge entstanden sind. Die Unterdrückung und Einengung Deutschlands, die Zerreißung des von Rechts wegen untrennbaren Wirtschaftsblocks Oesterreich-Ungarn kommt einem Verbrechen gleich. Das Versprechen der Alliierten, abzurüsten, wurde nicht eingelöst. Die Mittelmächte stehen heute bis an die Zähne bewaffneten Staaten machtlos gegenüber und müssen zusehen, wie sich um sie immer höhere Mauern aufrichten, wie alle Länder ihre Bewaffnungsmethoden verbessern und erweitern, entgegen allen Bemühungen der Abrüstungskonferenz. Heute sind einschließl. der Reserven dreißig Millionen Männer kampfbereit in der Welt, zehn Millionen Soldaten mehr als vor dem Kriege, und die Zerstörungskraft der drohend aufgerichteten Waffen ist fünfmal so gewaltig wie die der Rüstung um 1914. Außer Deutschland in kein Land wirklich entwaffnet, und 830 Millionen Pfund werden jährlich für die Erhaltung der Militärbestände geopfert.

„Mißtrauen und Angst beherrschen die Welt, vor allem die Staaten Europas. Einer traut dem anderen nicht über den Weg. Die unmöglichsten Zustände walten ob, und es scheint keine Hoffnung auf eine rasche Aenderung der Sachlage erlaubt. Es scheint unglaublich und ist doch Tatsache, daß ein Siebzigmillionenvolk wie Deutschland von Frankreich, einer nur vierzig Millionen Seelen umfassenden Nation, in Schach gehalten wird und von dem Wohlwollen dieser Nation abhängig ist. Ein Volk beschuldigt das andere der Verletzung der wichtigsten Paragraphen der Bevölkerbundordnung, und innerhalb der Masse der Unterdrückten gärt neuer Haß gegen den „Feind" über der Grenze.

„Die Friedensverträge haben in den meisten Punkten ihre Existenzberechtigung verloren, und wenn sie noch als Hort des Friedens und nicht als neuer Zündstoff für Krieg und Not gelten sollen, müssen sie revidiert werden. Nur derjenige, der die Länder Europas genau kennt, der mit dem Landvolk und den einfachen Männern der Städte und Dörfer gesprochen hat, wird sich ein lebendiges Bild von der momentanen Lage machen können.

„Frankreich lebt in Mißtrauen gegen seinen deutschen Nachbar. Deutschland bäumt sich gegen die Fesseln und Beschränkungen des Versailler Vertrages auf. Oesterreich verliert allmählich sein Vertrauen in die Möglichkeit einer besseren Zukunft, und Ungarn duldet mit zusammengebissenen Zähnen das Unrecht, das ihm in den Friedensschlüssen angetan wurde, als man ein tausendjähriges Reich in Stücke splitterte und einen Torso zurückließ, der mühselig vegetieren muß. In diesen Ländern betrachtet man Frankreich nicht als den Freund und Helfer, sondern als den Drachen, der die unmöglichen Bestimmungen von 1918 und 1919 hütet und die Welt am Aufkommen hindert."

Japan geht weiter rücksichtlos vor

Chinesische Provinz Jehol wird jetzt erobert und dem neuen Staate Mandschuko angegliedert.

Tokio. — Die Erwartung, daß japanische Truppen in diesem Herbst wieder gegen die chinesischen Armeen vorgehen werden, erhielt eine halbamtliche Bestätigung, nachdem Depeschen aus der Mandschurei von einem scharfen Gefechte nahe Peipiao in der Provinz Jehol berichtet hatten.

Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes deutete an, daß günstiges Herbstwetter wahrscheinlich eine entschlossene militärische Aktion in Jehol bringen werde. Der Zweck dieser Expedition soll es sein, die westlich von der Mandschurei liegende chinesische Provinz Jehol ein für allemal zu einem Teil des neugeschaffenen Staates Mandschuko zu machen, der unter dem Schutz der japanischen Waffen entstanden ist.

Washington. — Japan wird die mandschurische Frage nach eigenem Gutdünken lösen und den Bericht der Völkerbundkomission überhaupt nicht erst abwarten. Das Inselreich hat auch die Absicht, den neuen Staat Mandschuko in Bälde anzuerkennen, ohne sich um die Warnungen anderer Mächte zu kümmern, daß eine solche Anerkennung eine Verletzung der bestehenden Verträge darstelle.

So wird in hohen amerikanischen Verwaltungskreisen eine Rede des japanischen Außenministers Yagua Uchida in Tokio ausgelegt.

Das amerikanische Staatsdepartement wird den Dingen vorerst ihren Lauf lassen, wie erklärt wird, und den Bericht der Lytton-Kommission, die die Verhältnisse für den Völkerbund in der Mandschurei an Ort und Stelle prüfte, erst einmal abwarten.

Der Völkerbund wird am 23. September zusammentreten, um die Lage in der Mandschurei zu besprechen. Die kleineren Völkerbundsmitglieder verdammen einstimmig die japanische Handlungsweise, während die Großmächte, insbesondere Großbritannien und Frankreich, wesentlich vorsichtiger sind.

Durch Kampf zum Sieg

Kaiser Wilhelm läßt eine Botschaft durch Mackensen verlesen.

Breslau. — Zehntausend Personen versammelten sich auf dem historischen Schlachtfeld bei Leuthen, wo Friedrich der Große 1757 die Oesterreicher besiegte, um der Einweihung eines neuen Denkmals beizuwohnen und eine Botschaft des früheren Kaisers an seine Anhänger zu hören, die von dem bejahrten früheren Feldmarschall August von Mackensen, der seine Husarenuniform trug, verlesen wurde.

„Der Kampf wird das leuchtende Zeichen des Mutes bleiben", sagte der Kaiser in seiner Botschaft. „Der Weg zum Sieg führt über heißen, schweren Kampf."

Eile ist keine Entschuldigung für schlechte Arbeit.